

# **15. Arendt – Vordenkerin einer europäischen Föderation und transnationalen Staatsbürgerschaft**

---

## **15.1 Der Niedergang der alten Nationalstaaten und seine Folgen**

*Vita activa* gilt allgemein als Höhepunkt von Arendts philosophischem Schaffen. Die US-amerikanische Professorin für politische Philosophie an der Yale University, Seyla Benhabib, stellt – wie auch Elisabeth Young-Bruehl – diese Sichtweise in Frage (Benhabib 1998: 11). Die besondere Aktualität Arendts ergebe sich aus ihren Analysen der Moderne, wie sie sie vor allem in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* entwickelt habe. Hier spielten drei Elemente – Antisemitismus, Imperialismus und Rassismus – eine zentrale Rolle für den Problemkomplex, für den die Nazis eine schreckliche »Lösung« boten.

»In keinem der Entwürfe für *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*«, bemerkt Elisabeth Young-Bruehl, habe Arendt die Elemente des Nazismus und die ihnen zugrunde liegenden politischen Probleme so »bündig dargestellt« wie in den Notizen vom 26. September 1946 für ihre Lektorin Mary Underwood. »Der voll entfaltete Imperialismus in seiner totalitären Form ist ein Amalgam gewisser Elemente, die sich in allen politischen Verhältnissen unserer Zeit finden«, schrieb Arendt an Underwood und schlug die Brücke zu Problemen der Gegenwart:

Solche Elemente sind Antisemitismus, Verfall des Nationalstaats, Rassismus, Expansion um der Expansion willen, Bündnis zwischen Kapital und Mob. Hinter jedem dieser Elemente verbirgt sich ein ungelöstes tatsächliches Problem: hinter dem Antisemitismus die Judenfrage, hinter dem Verfall des Nationalstaats das ungelöste Problem einer Neuorganisation der Völker; hinter dem Rassismus das ungelöste Problem eines neuen Konzepts der Menschheit; hinter der Expansion um der Expansion willen das ungelöste Problem, eine ständig schrumpfende Welt, die wir mit anderen Völkern teilen müssen, [...] zu organisieren. (Young-Bruehl 1971: 288)

In ihrem Werk, das als die »bisher radikalste Form jüdischer Selbstvergewisserung in der Moderne gelten«<sup>1</sup> kann, stellt Arendt eine politische Theorie des Geflüchteten auf, dessen massenhaftes Auftreten auf europäischer Ebene den unheilvollen Aufstieg einer totalitären Bewegung anzeigen. Diese »überflüssig« gemachten Menschen sind nach Arendt das »Resultat der Katastrophenfolge, die durch den Ersten Weltkrieg eingeleitet wurde« (EU: 560), und nicht vorhersehbar gewesen. Arendt analysiert diese als Ausdruck des Scheiterns nationalstaatlicher Politik in Europa und Resultat des Niedergangs des Nationalstaates, wie er Ende des 18. Jahrhunderts in Europa entstanden war. Dabei unterscheidet Arendt zwischen Nation und Staat. Unter »Nation« verstehe man gemeinhin die dominante Gruppe mit ihrer Kultur, Sprache und gemeinsamer Geschichte, die auf einem abgegrenzten Territorium lebt. Der Begriff »Staat« beziehe sich auf den rechtlichen Status für Menschen, die auf einem bestimmten Territorium leben – und die als Bürger mit gesetzlich verbürgten Rechtsansprüchen gelten. Nationale Zugehörigkeit und Staat seien im 18. Jahrhundert noch überall getrennt gedacht worden, wie in Österreich-Ungarn und Russland. Als höchste Funktion des Staates habe der gesetzliche Schutz allen Einwohnern eines Territoriums ohne Rücksicht auf deren nationale Zugehörigkeit (EU: 486) gegolten. Realgeschichtlich hätten Nation und Nationalismus schließlich über den Staat und über den Schutz von Rechtsansprüchen triumphiert.

Schon bei der Geburt des ersten modernen Nationalstaates, wie er sich seit der Französischen Revolution entwickelte, hätte sich der Konflikt zwischen Staat und Nation gezeigt. Einerseits habe man sich als Nation der Gleichen unter die Herrschaft universeller Menschenrechte gestellt, gleichzeitig aber ihre absolute Souveränität proklamiert, der zufolge »sie keinen allgemeinen, sondern nur nationalen Gesetzen unterworfen war und nichts Höheres anerkannte als den souveränen Volkswillen, also sich selbst« (EU: 490). Die Nation eroberte den Staat und setzte sich an die Stelle des Gesetzes. Es gehöre, so Arendt, zur »Tragödie des Nationalstaates, dass das Nationalbewusstsein der Völker gerade mit dieser höchsten Funktion des Staates in Konflikt gerät, insofern, als es im Namen des Volkswillens verlangte, dass nur diejenigen als vollgültige Bürger in den Staatsverband aufgenommen werden sollten, die durch Abstammung und Geburt dem als wesentlich homogen angenommenen Körper der Nation zugehörten« (EU: 488). Rechte Parteien behaupten auch heute, dass nur vollständige Rechte verdiene, wer »wirklich« zu einer Nationalkultur gehöre.

Arendt beschreibt im Kapitel *Der Niedergang des Nationalstaates und das Ende der Menschenrechte* die Situation nach dem Ersten Weltkrieg, als mit der Auflösung der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und des russischen Reiches Millionen Staatenlose, Minderheiten und Geflüchtete plötzlich in Erscheinung traten und sich als »kompakte Volkssplitter über ganz Mittel- und Westeuropa ergossen«

---

<sup>1</sup> Micha Brumlik: Vernunft und Offenbarung, Berlin/Wien 2001, S. 58.

(EU: 563) – Millionen von Menschen, die nirgends Heimatrecht hatten, von keinem Staat offiziell repräsentiert und geschützt waren und, so Arendt, »daher entweder, wie die Minderheiten, unter Ausnahmegesetzen lebten, welche als Minderheitenerträge international garantiert und von allen betroffenen Regierungen (mit Ausnahme der Tschechoslowakei) unter Protest unterzeichnet worden waren, oder, wie die Staatenlosen, für die eine solche internationale Regelung nicht mehr möglich war, überhaupt außerhalb aller Gesetze standen und auf Duldung angewiesen waren« (EU: 562). »Die Juden wurden die Minorität par excellence, eine Minderheit nämlich überall, und nirgends eine Mehrheit.«<sup>2</sup> Auch damals hätten sich totalitäre Regierungen bemüht, die staatenlosen Gruppen zu vermehren und Flüchtlinge als Waffe zur Zersetzung der Nationalstaaten einzusetzen. Auf diese Weise sei es ihnen gelungen, »die Juden zum Abschaum der Menschheit zu machen« (EU: 564) und am Modell darzulegen, »dass Dinge, wie unveräußerbare Menschenrechte, bloßes Geschwätz und daß die Proteste der Demokratien nur Heuchelei seien« (ebd.). Der Antisemitismus sei schließlich, wegen der Gleichgültigkeit der europäischen Nationen, »zu dem eigentlichen Zersetzungselement der gesamten europäischen Welt geworden«<sup>3</sup>.

Im 19. und im 20. Jahrhundert war der Nationalismus für ganz Europa zur bestimmenden Leitvorstellung geworden. Mit der Forderung nach Selbstbestimmung traf der amerikanische Präsident Woodrow Wilson den Nerv der Zeit, vor allem in Mittel- und Osteuropa. Welches Dynamit in ihr steckt, wurde erst später deutlich. Die mit dem Ersten Weltkrieg geöffnete Büchse der Pandora veränderte die politische Landkarte Europas grundlegend. Aus der Landmasse der untergegangenen Doppelmonarchie war eine Reihe von Nationalstaaten hervorgegangen – Sieger und Verlierer.<sup>4</sup> Auf der Pariser Friedenskonferenz wurden die Forderungen der Tschechen erfüllt – die Tschechoslowakei erhielt im Westen die historische Grenze des böhmischen Königreiches und drei Millionen Deutsche wurden zu ihren Bürgern. Personen mit Deutsch als Muttersprache galten von 1919 an mit einem Mal als Fremde. Ungarn wurde halbiert. Drei Millionen Ungarn wurden zu Angehörigen von Minderheiten in den Nachbarstaaten. Völker, die jahrhundertlang unter byzantinischer und islamischer Kultur gelebt hatten, fanden sich plötzlich im neuen Königreich Jugoslawien mit solchen zusammen, die zu Österreich-Ungarn und damit zum westlichen Kulturreis gehörten. Den mörderischen Auseinandersetzungen, insbesondere zwischen Serben und Kroaten, wurde der Boden bereitet. Die

2 Hannah Arendt: Ein Mittel zur Versöhnung der Völker, in: Hannah Arendt: Wir Juden, Schriften 1932 bis 1966, München 2019, S. 168.

3 Hannah Arendt: Wir Juden, hg. von Marie Luise Knott und Ursula Ludz, München 2019, S. 168.

4 Mathias Beer: Krieg und Zwangsmigrationen in Südosteuropa 1940–1950. Ein thematischer und forschungsgeschichtlicher Abriss, S. 8., [https://media.dav-medien.de/sample/9783515116787\\_p.pdf](https://media.dav-medien.de/sample/9783515116787_p.pdf)

neuen Staaten fochten um Homogenität, wo Homogenität nicht herstellbar war, es sei denn mit Gewalt. Eine tragfähige Lösung der neu zu bildenden Staatsgrenzen, unter konsequenter Berücksichtigung der ethnischen Grenzen, blieb unerreicht. Deutsche und Tschechen zeigten kein Verständnis für die Ängste des anderen und verfolgten Maximalziele. Die am 4. März 1918 durchgeführten Demonstrationen in Kaaden, in denen die Deutschen ihre Verbundenheit mit Deutsch-Österreich öffentlich bekundeten, wurden von bewaffneten tschechischen Truppen blutig niedergeschlagen. 53 Menschen wurden erschossen, über tausend verletzt. Der 4. März war für die Sudetendeutschen fortan der »Tag der Selbstbestimmung«. 1917 versprach Tomáš Masaryk, Gründer und Staatspräsident der Tschechoslowakei, noch die Gleichbehandlung der im Lande lebenden Minderheiten. Als er im November 1918 ins Präsidentenamt gewählt wurde, betrieb er Geschichtsklitterung und erklärte:

Wir haben unseren Staat geschaffen; dadurch wird die staatsrechtliche Stellung unserer Deutschen bestimmt, die ursprünglich als Immigranten und Kolonisten ins Land kamen. Wir haben das volle Recht auf den Reichtum unseres Gebietes, das unentbehrlich ist für die Industrie der Deutschen unter uns. Wir können und wollen nicht unsere beträchtliche tschechische Minderheit im sogenannten deutschen Gebiet opfern.<sup>5</sup>

Die im Zuge der Friedensverträge 1919 und 1920 geschaffenen Staaten könne man Arendt zufolge nicht mit den alten Nationalstaaten vergleichen. Arendt bezeichnet sie als »Nationalitätenstaaten im Zwergenmaßstab« (EU: 567). Mehr oder minder willkürlich habe man eine Nationalität zum Staatsvolk erklärt, »wie die Tschechen, die rund 50 Prozent der Bevölkerung der Tschechoslowakei, oder die Serben, die nicht mehr als 42 Prozent der Bevölkerung Jugoslawiens« ausgemacht hätten. Stillschweigend seien die Siegermächte von der Annahme ausgegangen, dass die wichtigsten Nationalitäten des Gebietes einen angemessenen Anteil an Regierung und Verwaltung haben würden. »In Wirklichkeit wurde von Anfang an ein von den böhmischen Tschechen dominierter Zentralstaat aufgebaut. Man fürchtete, jede föderale Konzession würde nur den Staat destabilisieren.«<sup>6</sup> Entgegen allen Versprechungen von 1919 blieb Tschechisch die einzige Staatssprache, auch im Parlament.

Nach Arendts Ausführungen waren die Minderheiten »das Ergebnis der Friedensverträge von 1919 und 1920, die das nationale Selbstbestimmungsrecht, das

5 Zit. bei Arnold Suppan: Hitler – Beneš – Tito. Konflikt, Krieg und Völkermord in Ostmittel- und Südosteuropa, Wien 2014, S. 346f. <https://www.jstor.org/stable/j.ctv8pzcrq>

6 Detmar Doering: Das demokratische Experiment. Vor 100 Jahren wurde die Erste Tschechoslowakische Republik gegründet, Focus, 26.10.2018, [https://www.focus.de/politik/experten/detmar-doering\\_id\\_8454192.html](https://www.focus.de/politik/experten/detmar-doering_id_8454192.html)

Prinzip der nationalen Emanzipation, auf alle Volksgruppen und alle europäischen Länder auszudehnen versprachen« (EU: 565). Die Minderheiten waren der »unglückselig verbliebene Rest, der in dem System schlechterdings keinen Platz hatte« (ebd.). »Im Nachkriegs-Europa«, so Arendt, »lebten offiziell zwischen 25 und 30 Millionen Menschen unter Minderheitenstatuten« (EU: 572). Die im Rahmen der Pariser Vorortverträge und des Völkerbundes unternommenen Versuche, das Selbstbestimmungsrecht der Nationalstaaten und den Minderheitenschutz in Einklang zu bringen, seien ihrer Ansicht nach gescheitert. Auch tschechische Historiker:innen und Verfassungsrechtler:innen, so der Hinweis des Historikers Wolfgang Schwarz, sehen in den fehlenden Gruppenrechten bzw. der Fixierung auf die tschechische Nation einen Makel des Verfassungswerkes,<sup>7</sup> gleichwohl sie an den Grundsätzen der französischen und amerikanischen Verfassung orientiert war.

Wie die Staatsmänner der damaligen Zeit zur Minderheitenfrage standen, zeigen Äußerungen des französischen Außenministers Aristide Briand: »Der Prozess, den wir im Auge haben, zielt zwar nicht direkt auf das Verschwinden der Minderheiten ab, aber doch auf ihre Assimilation.« (EU: 571) Das war auch das, was die Tschechen wollten. In seinen Memoiren beschrieb Edvard Beneš die Tschechisierung als »natürlichen«, »modernen«, »soziologischen«<sup>8</sup> Prozess. Das »natürliche Interesse« der nach westlichem Muster neu entstandenen Nationen habe Arendt zufolge darin bestanden, »ihre Minderheiten zu assimilieren oder zu liquidieren« und den Minderheiten, die ebenfalls nationale Emanzipation in den Gebieten erstrebten, in denen sie in der Mehrheit waren, einen eigenen Nationalstaat zu verweigern (EU: 565). Das Resultat war die Herrschaft einer nationalen Gruppe gegenüber einer unterdrückten Minderheit und die Umwandlung des Nationalstaates von einem Organ der Rechtsstaatlichkeit zum Schutz der Menschenrechte zu einem Instrument nationaler Interessen.

»In den Augen der Minderheiten und der nationalen Gruppen, welche in Versailles kein Staat zugebilligt worden war«, notiert Arendt, »waren die Verträge das Resultat eines willkürlichen Spiels, das den einen die Herrschaft, den anderen die Knechtschaft zuspielte« (EU: 568). Neben der Nationalitätenfrage des Ostens und Südens Europas sei nun der »Völkerhass in Europa« zum »ersten Male in das Zentrum europäischer Politik getreten« (EU: 561) »Hier«, bemerkt Arendt, »war jeder gegen jeden und vor allem gegen seine Nachbarn, die Slowaken gegen die Tschechen, die Ungarn gegen die Slowaken, die Kroaten gegen die Serben, die Ukrainer gegen die Polen, die Polen gegen Juden und sofort in einer unendlichen Variation, die nur von der Zahl der durcheinander siedelnden Völker und Volkssplitter begrenzt« worden sei. Die Minderheiten hätten zwar die Staatsvölker gehasst; aber dies habe sie

<sup>7</sup> Wolfgang Schwarz: Minderheiten in Tschechien von 1918. Deutsche und Roma, [https://www.youtube.com/watch?v=ZICB\\_qMQK2U](https://www.youtube.com/watch?v=ZICB_qMQK2U)

<sup>8</sup> Zit. bei Peter Glotz: Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück, Berlin 2004, S. 103.

nicht daran gehindert, »die anderen Minderheiten des gleichen Gebietes genauso zu hassen und nach Möglichkeit zu verfolgen« (EU: 561f.). »Es hätte in dieser Ecke Europas wahrscheinlich nicht Hitler bedurft, um alle gegen alle zu hetzen«, meint Arendt (EU: 568).

Im Kontext der Weltwirtschaftskrise 1929/30 und der nationalsozialistischen Propaganda führte der Nationalismus im Ergebnis dazu, dass sich die Deutschen von der demokratischen Republik abwandten. Bei den letzten Wahlen wählten rund 90 Prozent die von den Nazis gesteuerte Sudetendeutsche Partei, die die Forderung nach Selbstbestimmung der Deutschböhmnen und Deutschnährer neu aufgriffen. Statt Hitlers Expansionsdrang zu stoppen, ließen Großbritannien, Frankreich und Italien ihren Bündnispartner im Stich und stimmten der Zerstückelung der Tschechoslowakei zu. Hitler holte am 29. September 1938 ohne Beteiligung der Tschechoslowakei das Sudetenland »heim ins Reich« – mit katastrophalen Folgen, nicht nur für Tschechen und Deutsche, wie für meine Familie väterlicherseits, sondern vor allem für Juden, Sinti und Roma. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei am 15. März 1939 wurde fast die gesamte jüdische Bevölkerung des Protektorats Böhmen und Mähren im KZ Theresienstadt interniert und von dort nach Auschwitz deportiert. Von etwa 82.000 aus dem Protektorat deportierten Jüdinnen und Juden überlebten nur rund 11.200<sup>9</sup>. Enteignung, ethnische Säuberung, »wilde Vertreibungen«, Verfolgung, Tötungen, Internierung in Konzentrationslager<sup>10</sup> auf deutscher und tschechischer Seite, »wobei Ursache und Wirkung in der Abfolge der Geschehnisse nicht verkannt werden dürfen«<sup>11</sup>, wie es in der am 21. Januar 1997 von den Regierungen beider Staaten vereinbarten Deutsch-Tschechischen Erklärung zutreffend heißt. Der Rassenwahn der Nationalsozialisten säte den Wind, der den Deutschen jetzt als Sturm ins Gesicht schlug. Es dauerte fast 50 Jahre, bis Tschechen und Deutsche sich die Hände reichten. Am 1. Januar 2004 trat die Tschechoslowakei der Europäischen Union bei.<sup>12</sup>

9 Das »Reichsprotektorat Böhmen und Mähren«, <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/aussenpolitik/reichsprotektorat-boehmen-und-maehren.html>

10 Vgl. Thomás Stanek: Internierung und Zwangsarbeit. Das Lagersystem in den böhmischen Ländern 1945–1948, München 2007. Vgl. Thomás Stanek: Verfolgung 1945. Die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse), Wien 2002. Vgl. Detlef Brandes: Der Weg zur Vertreibung 1938–1945. Pläne und Entscheidungen zum »Transfer« der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen, München 2001, 2. Aufl. 2005. Vgl. Hans Hennig Hahn, Eva Hahn: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte, Paderborn 2010.

11 Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, <https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/havel/havelz-244732>

12 Die Kommunistische Partei lehnte, wie die rechte Republikanische Partei, den Beitritt ab. Die über zwei Millionen nach dem Krieg aus der Tschechoslowakei nach Deutschland vertriebenen Deutschen und ihre Nachkommen leben heute im gesamten Bundesgebiet.

Nach 1945 hörte der Krieg nicht einfach auf. Tatsächlich stürzten weite Teile Europa ins Chaos und in die Anarchie einer zerbombten Welt. Es gab weder Institutionen noch Gesetze, vielmehr das Gesetz des Stärkeren. Rache und Vergeltung waren an der Tagesordnung, Millionen auf der Flucht. Grenzen hatten sich aufgelöst, jetzt gab es Besatzungszonen. Besonders schlimm war die Lage für die Menschen in den von der Sowjetunion annexierten Gebieten in Polen und den baltischen Staaten. Diese Menschen, sogenannte Displaced Persons (DP), Menschen am falschen Ort, suchten eine Heimat, die es nicht mehr gab: Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Konzentrationslagerhaftlinge, jüdische Flüchtlinge, Staatenlose oder andere Opfer ethnischer Säuberungen, die ihre Identität nicht nachweisen konnten. 1944 rechnete man noch mit 11,3 Millionen DPs. Weit über 1.000 Displaced Person Camps überzogen ganz Europa. Zu Kriegsende überstieg das tatsächliche Ausmaß der Gestrandeten bis zu 20 Millionen. In den DP-Lagern herrschten katastrophale Verhältnisse, besonders für Frauen. Für sie gab es keine geschützten Räume vor Ausbeutung und Vergewaltigung. Tausende verwahrloste Kinder streiften durch die Wälder Osteuropas, Wolfskinder. Offenbar hatten die Siegermächte in Jalta die Lage falsch eingeschätzt und sich zu wenige Gedanken über die DPs gemacht.<sup>13</sup>

Arendt zeigt in ihren Ausführungen, welche Folgen ein ungezügelter Nationalismus, die ungelöste nationale jüdische Frage und das Fehlen bzw. die Nichtbeachtung von Minderheitenrechten für Flüchtlinge und Staatenlose für das friedliche Zusammenleben der Völker hatte. Die Gefahr dieser Entwicklung war für die politische Philosophin von Anfang an in der Struktur des Nationalstaats angelegt. Die beiden Weltkriege haben für Arendt seine Lebensunfähigkeit erwiesen. Die Verweigerung der Westmächte, sicherheitspolitische Garantien abzugeben, hatte der demokratischen Tschechoslowakei 1938 endgültig den Todesstoß versetzt. Nach dem mörderischen Weltkrieg trat immer mehr der europäische Gedanke in das Bewusstsein der Völker Europas. Im Januar 1940, kurz vor ihrer Internierung, schrieb Arendt einen Brief über die Lage in Europa an ihren Freund Erich Cohn-Bendit:

Alle Minderheitenpolitik, nicht nur die jüdische, ist gescheitert an der bestehend bleibenden Staatssovereinheit. [Denn] mit dem Beginn der russischen Massenemigration, also spätestens 1923/24 [...] können wir das Entstehen einer ganz neuen europäischen Menschenklasse beobachten: die Staatenlosen. Sieht man die europäische Geschichte als die Entwicklung der europäischen Nationen oder als die Entwicklung europäischer Völker zu Nationen, so sind sie, die Staatenlosen, das wichtigste Produkt der neueren Geschichte. Seit 1920 beherbergen fast alle

---

<sup>13</sup> Die NS-Zeit – Von Terror, Krieg und Befreiung, 03.01.2023, <https://www.artete.de/videos/o95212-ooo-A/kontinent-der-vertriebung-europa-nach-1945/>

europäischen Staaten größere Massen von Menschen, die nirgends Heimatrecht haben, nirgends konsularisch geschützt, moderne Paria.<sup>14</sup>

Arendt zufolge sei die Möglichkeit der Assimilation für diese Menschenmassen an ein Ende gelangt. Das Asylrecht hatte seine Gültigkeit verloren, weil es zu viele Flüchtlinge gegeben habe. Viele hätten auch nicht als Flüchtlinge anerkannt werden können, weil sie nicht verfolgt wurden (EU: 584f.).

Zu der Zeit, als Arendt sich ihr USA-Visum in Marseille abholte, waren die USA kein einwanderungsfreundliches Land. Für Franklin D. Roosevelt hatte die Überwindung der Folgen der wirtschaftlichen Depression der 1930er-Jahre Priorität. Eine faire Verteilung der flüchtenden österreichischen und deutschen Juden nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich scheiterte. Die 32 teilnehmenden Staaten der Konferenz in Évian-les-Bains lehnten ab. Wie Arendt waren alle Verfolgten auf die Hilfe von Freunden, Verwandten oder privaten Initiativen angewiesen.

Arendts Brief gipfelt in der Forderung nach einem neuen, föderalen Europa. Dieses Europa sollte nicht mehr auf Nationalstaaten gründen: »Es scheint mir keine Utopie, auf die Möglichkeit eines Nationenverbandes mit europäischem Parlament zu hoffen«, in dem auch das jüdische Volk als europäische Nation anerkennt und vertreten wäre. Zwei Jahre später verband Arendt die nationale Emanzipation des jüdischen Volkes mit dem Anspruch auf Palästina. Arendts Idee einer neuen europäischen Demokratie zielt weder auf einen homogenen Einzelstaat mit kulturell homogenen Volkssouveränitäten noch auf eine gesamteuropäische Identität. Sie fordert die Auflösung der Einheit von Nation, Territorium und Staat zugunsten eines öffentlichen Raums der politischen Bürgerschaft. Arendts Idee von Europa entspricht ihrem Verständnis von Politik als Pluralität und Freiheit: Europa als gemeinsames politisches Projekt der vielen und verschiedenen.

Die »erste Explosion« vom 1. August 1914 war »wie der Starter einer Kettenreaktion, die bis heute nicht zum Halten gebracht werden konnte« (EU: 559), notiert Arendt 1951. Die Schlaglichter dieser Menschheitskatastrophe sind nicht erloschen. Heute ist der völkische Nationalismus wieder die treibende Kraft und versucht, die Völker Europas zu spalten. Am Aufbau der »Kampfzonen« sind die europäische Rechte, einschließlich Putin, und Teile der Linken beteiligt. Die politischen Spaltungen laufen nicht mehr zwischen, sondern quer durch die Nationen. Im vergangenen Jahrhundert wurde von der Rechten noch das Blut in den Mittelpunkt der nationalen Ideologie gestellt, heute ist es die ethnische Kultur. Aktuell geht es weniger um nationale oder territoriale als um ethnisch motivierte kollektive Gewalt.

---

<sup>14</sup> Wolfgang Heuer: Europa und seine Flüchtlinge. Hannah Arendt über die notwendige Politisierung von Minderheiten, in: H. Arendt: Verborgene Tradition – unzeitgemäße Aktualität? S. 331f.

## 15.2 Antisemitismus als Waffe

Den Antisemitismus analysiert Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* nicht als Sündenbock-Theorie oder als christlichen Judenhass, sondern als Rassen-Antisemitismus, als Antisemitismus neuen Typus im Zeitalter des Imperialismus und als Folge der Mitte des 19. Jahrhunderts niedergehenden Nationalstaaten. Antisemitismus und Rassismus werden zu einer Herrschaft legitimierenden Ideologie und schließlich zu Instrumenten totaler Herrschaft. Das politisch Neue (EU: 313f.) am Imperialismus sieht Arendt darin, dass die aufstrebende Bourgeoisie die Logik des Kapitalismus auch auf die Politik überträgt. Macht und Gewalt seien letztes Ziel politischen Handelns geworden – »Macht als der nie endende, sich selbst dauernd speisende Motor allen politischen Handelns [...], der aufs Genauste dem mysteriösen Motor, der zu einer nie endenden Akkumulation des Kapitals führen sollte, entspricht« (EU: 314). Die Idee einer weltumspannenden Herrschaft entspringt heute der sinnlosen und weltumspannenden Kapitalakkumulation, die die politisch und ökologisch gesetzten Grenzen zerstört wie auch den regulierenden Einfluss der Nationalstaaten – das, was Putin und Xi unter einer neuen, nicht regelbasierten Weltordnung verstehen. Arendt wandte sich bereits Mitte des letzten Jahrhunderts »gegen Imperialismustheorien, die diese Epoche ausschließlich aus ökonomischer Perspektive betrachten«, wie die Sozialwissenschaftlerin Julia Schulze Wessel zeigt. Das bedeutet, »die politische Struktur, [...] die Einteilung der Menschheit in Herren- und Sklavenrassen, zu verdecken«<sup>15</sup>. Das Neue, das sich für Arendt aus dem Imperialismus ergibt, ist die Entstehung »neuer Herrschafts- und Organisationsprinzipien durch die Einführung des Rassebegriffes in die innerpolitische Organisation der Völker, die sich bis dahin als Nationen verstanden« (EU: 405) und in der Zwischenkriegszeit in Mittel- und Südosteuropa und in der Zeit von 1933 bis 1945 schreckliche Realität wurde.

Den Ursprung des modernen Antisemitismus verortet Arendt in realen gesellschaftspolitischen und rechtlichen Konflikten, in der Weigerung der Mehrheitsgesellschaft, gesellschaftlich Ungleiche als Gleiche anzuerkennen, aber auch in realen, beispielsweise religiösen Differenzen. Damit höre, so Arendt, »der Sündenbock auf, bloß zufälliges Ventil und unschuldiges Opfer zu sein« (EU: 34). Die zentrale Funktion von Antisemitismus und Rassismus sieht »Arendt in der Gegenwehr gegen die Veränderungen in der bürgerlichen Gesellschaft, die die vormals durch Tradition gesicherten Herrschaftsverhältnisse auflöst«<sup>16</sup>. Arendt betont immer wieder

<sup>15</sup> Julia Schulze Wessel: Zur Analyse des Imperialismus bei Hannah Arendt, in: Fragil – Stabil? Dynamiken der Demokratie. Die 23. Hannah-Arendt-Tage 2020, hg. von Franziska Martinsen, Weilerswist 2021, S. 151.

<sup>16</sup> Micha Brumlik macht auf die Ausführungen des israelischen Historikers Shulamit Volkov aufmerksam, der auf die Funktion des Antisemitismus als Bollwerk gegen die Emanzipation der

die Willkür totaler Herrschaft, mit der die Opfer herausgegriffen werden und dass das, was ihnen geschieht, ganz unabhängig ist von dem, was sie gedacht, getan oder gelassen haben mögen« (EU: 35). In ihrem Vorwort zu den *Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft* heißt es: »Von nun, d.h. im Zeitalter des Imperialismus und in der darauffolgenden Epoche totalitärer Bewegungen und Staaten, sind die Judenfrage oder die antisemitische Ideologie unlöslich verquickt mit Problemen, die nahezu keinen Bezug mehr zu den Realitäten der modernen jüdischen Geschichte haben. Und das, [...] weil der Antisemitismus selbst von nun an im Dienst anderweitiger Zwecke stand, deren Durchsetzung zwar am Ende hauptsächlich Juden das Leben kostete, die aber alle Spezialprobleme jüdischen oder antijüdischen Interesses weit hinter sich ließen« (EU: 28).

In einem Interview mit dem italienischen Fernsehsender *Rete 4* Ende April 2022 machte Russlands Außenminister Sergej Lawrow »Opfer zu Kriminellen, indem er die völlig falsche Behauptung aufstellt(e), Hitler sei jüdischer Abstammung gewesen«<sup>17</sup>, wie dies Dani Dayan, der Leiter der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, kurz darauf erklärte. Moskau bedient sich gezielt der sogenannten Frankenberger These, nach der Hitler jüdische Vorfahren gehabt habe. Diese These könnte zu einer neuen Welle von Antisemitismus in Russland und weltweit, insbesondere in den arabischen Ländern, führen. Lawrow nutzte einen antisemitischen Verschwörungsmythos, den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj mit Hitler zu vergleichen, und wiederholte die russische Kriegsbegründung, in der Ukraine seien Nazis an der Macht: »Es bedeutet absolut nichts, dass Selenskyj jüdische Wurzeln hat, sogar Hitler hatte sie meiner Meinung nach.« Er fügte hinzu: »Wir haben das weise jüdische Volk schon seit Langem sagen hören, dass die größten Antisemiten gerade die Juden sind.« (Poppe 2022) Juden könnten nach Lawrow Nazis sein. Lawrow kann den Juden offenbar nicht verzeihen, ihn daran zu erinnern, wie fast ein ganzes Volk ausgelöscht wurde. Er macht die Juden zum wandelnden Mahnmal von Schuldgefühlen, die auf das Opfer projiziert werden. Lawrow stellt damit die Shoah auf den Kopf. Die Mörder seien gar nicht so schlimm und die Opfer nicht ganz so unschuldig. Im Iran und in den arabischen Ländern wurde dies wohlwollend zur Kenntnis genommen – »Jude« und Israel gelten dort als Synonyme für den »westlichen Imperialismus«.

---

Jüdinnen und Juden hinweist. Die Frage nach der Emanzipation der Jüdinnen und Juden war auch eine Frage nach der Emanzipation der Deutschen im Zeitalter der bürgerlichen Revolution. Micha Brumlik: Antisemitismus. 100 Seiten, Bonn 2020, S. 65, 153.

17 Judith Poppe: Fassungslosigkeit in Israel, TAZ, 02.05.2022, <https://taz.de/Lawrow-vergleicht-Selenski-mit-Hitler/!5844652/>

### 15.3 Arendt, eine kritische Theoretikerin der sozialen Exklusion avant la lettre

Vergegenwärtigt man sich die von Arendt hier aufgeworfenen Fragen, zeigt sich, worin ihre Aktualität besteht: Viele der von ihr benannten Probleme sind bis heute nicht wirklich gelöst. Wir haben zwar ein föderales Europa und wissen, dass es eines von Arendt geforderten Rechts bedarf, Rechte zu haben, aber viele Gefahren sind nach wie vor aktuell. Arendt hat sich – insbesondere mit ihren Analysen zum Charakter der totalitären Regime, der Explosivität der nationalen Frage, dem Antisemitismus und Rassismus und dem Flüchtlingswesen – Bereichen zugewandt, die für einen Teil der Linken mit ihrer Tendenz zum Ökonomismus und zum Klassenreduktionismus lange tabuisiert waren. Die Globalisierung heute zeigt strukturelle Widersprüche, die dem Nationalstaat von Anfang an innewohnten. In *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* beschreibt Arendt jene totalitäre Dynamik des 20. Jahrhunderts, die immer mehr Menschen überflüssig macht: die durch den Imperialismus verursachte Krise des Nationalstaates, die totalisierende Einstellung in der Politik und die entfesselte Barbarei. »Im Überflüssigmachen von immer mehr Menschen« sah Arendt »die größte Gefahr und das größte Übel der modernen Gesellschaft«<sup>18</sup>, bemerkte Waltraud Meints-Stender. Damit folgt sie der amerikanischen Politologin Nancy Fraser, die heute eine »pro-totalitäre« Tendenz in den Widerspruchsstrukturen der unter dem Druck neoliberaler Globalisierung<sup>19</sup> stehenden westlichen Gesellschaften erkennt: den »Zusammenhang von neoliberaler Globalisierung, Armutsmigration und Produktion von Illegalität« (Meints-Stender 2007: 256). Immer mehr Menschen verlassen ihre Heimat vor Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Armut, Hunger und Klimawandel. »Laut dem aktuellen ›Global Trends Report‹ von UNHCR waren Ende 2021 89,3 Millionen Menschen auf der Flucht – und die Zahlen steigen kontinuierlich weiter an: Mit der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 stieg die Zahl mittlerweile auf über 100 Millionen Menschen an. Eine unvorstellbare Zahl, die vor zehn Jahren niemand erwartet hätte: So waren Ende 2021 bereits mehr als doppelt so viele Menschen auf der Flucht als noch vor zehn Jahren.«<sup>20</sup>

Arendt ging es darum, die Ursachen von sozialen, politischen und kulturellen Exklusionsprozessen in ihrer Gesamtheit zu analysieren. Sie ist, wie Waltraud

<sup>18</sup> Waltraud Meints-Stender: Hannah Arendt und das Problem der Exklusion – eine Aktualisierung, in: H. Arendt: Verborgene Tradition – Unzeitgemäße Aktualität, S. 254.

<sup>19</sup> Branko Milanović verweist auf einen anderen Aspekt dieser pro-totalitären Tendenz in seiner beeindruckenden Studie (2016) über die Entwicklung der Ungleichheit im globalen Maßstab: auf das sich abzeichnende Risiko einer Entkopplung von Kapitalismus und Demokratie.

<sup>20</sup> Vgl. UNO-Flüchtlingshilfe Deutschland für den UNHCR: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>

Meints-Stender formuliert, »eine kritische Theoretikerin der sozialen Exklusion *avant la lettre*« (Meints-Stender 2007: 254).

Ihre Unbezogenheit zur Welt, ihre Weltlosigkeit ist wie eine Aufforderung zum Mord, insofern der Tod von Menschen, die außerhalb aller weltlichen Bezüge rechtlicher, sozialer und politischer Art stehen, ohne jede Konsequenz für die Überlebenden bleibt. Wenn man sie mordet, sei es, als sei niemandem ein Unrecht oder auch nur ein Leid geschehen. (EU 624)

In einer Welt utilitaristisch und technizistisch verengter Wachstumsprozesse sah die Philosophin das größte Übel neuzeitlicher Weltentfremdung. »Dies ist die Situation«, so Meints-Stender, »die wir heute erleben – nicht nur in den Peripherien, sondern auch in den Zentren des globalen Kapitalismus« (Meints-Stender 2007: 254). Arendt schließt ihr Kapitel zu den *Aporien der Menschenrechte* mit den Worten:

Es ist, als ob eine globale, durchgängig verwebte zivilisatorische Welt Barbaren aus sich selbst heraus produzierte, indem sie in einem innersten Zersetzungssprozeß ungezählte Millionen von Menschen in Lebensumstände stößt, die essentiell die gleichen sind wie die wilder Volksstämme oder außerhalb aller Zivilisation lebender Barbaren. (625)

Die Vernichtungspraxis der Nazis ist die radikalste Form des Überflüssigmachens. Alle anderen Formen zeichnen sich dadurch aus, dass sie – wenn auch in unterschiedlichem Grad – menschliche Subjektivität irreversibel beschädigen. Die Überflüssigkeit stellt für Arendt die Vorbedingung des Massenmordes dar: Der »Massenfabrikation von Leichen« gehe historisch und politisch die »Präparation lebender Leichname« (EU: 921) voran. Erst die »schweigende Billigung solch unerhörter Zustände in der Mitte Europas« hätten »jene Ereignisse erzeugt, welche in einer Periode untergehender politischer Formen plötzlich Hunderttausende und dann Millionen von Menschen heimatlos, staatenlos, rechtlos achten, wirtschaftlich überflüssig und sozial unerwünscht (EU: 921). Schon vor dem Ersten Weltkrieg bevölkernten Staatenlose Europa. Sie verkörpern für Arendt die Paradoxien der Nationalstaaten und die »Aporien der Menschenrechte«. Für Arendt ist die »Weltlosigkeit« der »Überflüssigen« als Zustand der Nichtzugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen eine Form der Barbarei, auf die sie mit der Forderung nach einem einzigen Menschenrecht antwortet: dem »Recht, Rechte zu haben« – von Geburt an (EU: 614). »Gegen essentialistische Identitätskonzepte im Bereich des Politischen«, so Meints-Stender, postulierte Arendt »ein Konzept von Bürgerrechten, das universelle Menschenrechte politisch« (Meints-Stender 2007: 258) garantiert.

Arendts sarkastische Ausführungen über die Menschenrechte in ihrem Kapitel *Aporien der Menschenrechte* irritieren.<sup>21</sup> Die Annahme natürlicher vorpolitischer Rechte, so Arendts Kritik, ignoriere die Ohnmacht der Staatenlosen wie der Minderheiten und Geflüchteten nach den Weltkriegen. Das Wort »Menschenrechte« sei »überall und für jedermann [...] zum Inbegriff eines heuchlerischen oder schwachsinnigen Idealismus« (EU: 564) geworden. Gott, Geschichte und Natur hätten in der nachmetaphysischen Zeit ihre Autorität eingebüßt. Jetzt sei der autonome Mensch das Maß aller Dinge. Arendts Kritik stellt nicht primär den Anspruch universeller Menschenrechte in Frage, sondern ist durch die historische Erfahrung motiviert. Angesichts der Konzentrationslager und der Staatenlosen fragte sie, wie man in Zukunft Menschen vor der absoluten Rechtlosigkeit schützen kann. Arendt begründet ihre Position nicht moral- oder rechtsphilosophisch, sondern politisch. Das »Recht, Rechte zu haben« sei, im Unterschied zu den Staatsbürgerrechten und der Sozialgesetzgebung, das einzige Recht, das aus den Erfahrungen der Weltlosigkeit eine rechtlich-institutionelle Konsequenz auf globaler Ebene ziehe. Allein die Einsicht in die Moralgesetze setze nichts in Bewegung. Das Moralische verstehe sich nicht von selbst. Deshalb realisierten sich Menschenrechte nur dort, wo man für sie eintrete. Wie Freiheit und Gleichheit bedürften die Menschenrechte als Versprechen der menschlichen Übereinkunft. »Ihre Argumentation«, bemerkt der Politikwissenschaftler Marcus Llanque, spiegele »eine klassische republikanische Position wider«, indem Arendt betone, »dass Normen ohne Akteure nichts sind und dass es der Zweck des Menschen ist, nicht nur so viele Rechte wie möglich zu genießen, sondern überhaupt handeln zu können.«<sup>22</sup> Allein die Praxis des Handelns und Urteilens wie seine globale institutionelle Sicherung verhilft den Menschenrechten zu ihrer Wirksamkeit. Gleichwohl verkannte Arendt den moralischen Charakter und Wert der Menschenrechte.

Menschenrechte sind Rechte, die dem Individuum zukommen, ohne dass sie von jemandem zugestanden werden müssen. Menschenrechte werden nicht verliehen und können deshalb auch nicht entzogen werden. Aus der universalistischen Moral gleicher Achtung und der Wertschätzung individueller Autonomie geht nämlich hervor, warum wir einander gleiche Rechte einräumen sollten. Allein dieser moralische Ausgangspunkt verweist von sich aus auf positives Recht und demokratische Politik. Aber nur moralisch begründete Rechte bleiben weitgehend wirkungslos. Sie müssen durch Positivierung zur Geltung gebracht und im demo-

21 Vgl. Jürgen Förster: Das Recht auf Rechte und das Engagement für eine gemeinsame Welt. Hannah Arendts Reflexionen über die Menschenrechte, <https://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/146/258>

22 Marcus Llanque: Hannah Arendt Center talk by Marcus Llanque, 05.10.2021, <https://hac.bard.edu/event/index.php?eid=129798>

kratischen Prozess konkretisiert werden. Für Arendt setzen sich, wie schon für Habermas, Menschenrechte und Demokratie wechselseitig voraus.

Arendt erinnert uns daran, dass nicht nur die Menschenrechte, gestützt auf Handeln und Macht, einer überstaatlichen und völkerrechtlichen Sicherung bedürfen, sondern auch Freiheit, Recht und Souveränität. Das Budapest Memorandum (1994), in dem Russland, Großbritannien und die USA der Ukraine die Souveränität garantierten, war das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben stand. Am 22. Februar 2022 waren die Garantimächte nicht bereit, ihrer Verpflichtung nachzukommen – ein weiteres München 1938. In einem Interview erklärte Präsident Selenskyj am 9. März 2022:

Putins Angriff hingegen ist ein Signal an die ganze Welt: Garantien funktionieren nicht, selbst wenn die Stärksten der Welt sie unterzeichnet haben. [...] Wer in aller Welt hofft da noch auf die Macht von Verträgen? Deswegen würde eine strenge Bestrafung Russlands *die Wiederherstellung der Kraft des Völkerrechts* bedeuten. Der Westen ist dazu in der Lage. [...] Wissen Sie, es gibt so bestimmte Werte, die man sehr schwer erklären kann, bis man im eigenen Land einen Krieg hat. Dann denkst du nicht mehr an die Reformen. [...] Nicht an Preiserhöhungen auf Gas oder Strom. Du denkst nicht mehr daran, dass du sparen willst, um in den Urlaub zu fahren. [...] Der wahre Wert des Lebens ist, dass du lebst, dass du nicht ermordet wirst. Und das muss Europa tun: *das einfache Leben verteidigen und auch die wahren Werte auf den ersten Platz stellen*. [...]

Wir verfügen nicht über so viele Soldaten wie Russland, wir haben nicht so viel Ausrüstung und so viele Raketen. Aber wir haben etwas, das sie nicht haben: Das sind die Menschen, die ihre Freiheit wirklich schätzen und bereit sind, dafür zu kämpfen. Darum wurde dieser Krieg zu einem Volkskrieg, und darin hat jeder eine bestimmte Funktion. Insbesondere in der Territorialverteidigung.<sup>23</sup>

Im *Vita activa* verweist Arendt auf den Zusammenhang von Handeln, Macht und staatlicher Ordnung, darauf, was einen politischen Körper zusammenhält. Es ist der Erscheinungsraum, der öffentliche Raum, wo immer Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen und der allen Staatsgründungen vorausgeht. Macht ruft den öffentlichen Raum überhaupt erst ins Dasein und erhält ihn. Mit »realisierter Macht« hätten wir es immer dann zu tun, »wenn Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten erscheinen, wo also Worte nicht leer und Taten nicht gewalttätig stumm sind, wo Worte nicht missbraucht werden, um Absichten zu verschleiern, sondern gesprochen sind, um Wirklichkeiten zu enthüllen, und wo Taten nicht missbraucht werden, um zu vergewaltigen und zu zerstören, sondern um

---

<sup>23</sup> Cathrin Gilbert: Interview mit Wolodymyr Selenskyj: »Wenn die Ukraine bei dir ist, fühlst du dich sicher«, Die Zeit, 09.03.2022, <https://www.zeit.de/2022/11/wolodymyr-selenskyj-ukraine-russland-krieg-interview/komplettansicht>

neue Bezüge zu etablieren und zu festigen, und damit neue Realitäten zu schaffen« (VA: 252). Die ukrainische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja formuliert diesen Tatbestand in einem Interview am 10. März 2022 mit den Worten: »Aber der Kern der Souveränität ist nicht das Territorium, nicht das Militär. Der Kern eines souveränen Landes ist sein Volk.«<sup>24</sup> Macht, so Arendt, stiftet und erhält den öffentlichen Raum der Erscheinungen und ist das, was die »Welt als ein gegenständliches Gebilde von Menschenhand« am Leben erhält. »Wie schön auch immer die Welt der Dinge, die uns umgibt, sein mag, sie erhält ihren eigentlichen Sinn erst, wenn sie die Bühne für Handelnde und Sprechende bereitstellt, wenn sie durchwebt ist von dem Geflecht menschlicher Angelegenheiten und Bezüge [...]« (VA: 258). Es ist die Tyrannis, die aktiv die Entstehung von Macht verhindert.

Arendts Kernanliegen ihrer »Analyse der Flüchtlings- und Minderheitenkrise der europäischen Zwischenkriegszeit« sieht der Politikwissenschaftler Christian Volk darin, »die Unzulänglichkeiten der nationalen Souveränität als politisches Organisationsprinzip für eine globalisierte Welt hervorzuheben«<sup>25</sup>. Trotz aller Schwierigkeiten hat die institutionelle Entwicklung der Menschenrechte Arendts Einwände ein Stück entkräftet. Die Europäische Union ist, trotz aller Konflikte, eine Erfolgsgeschichte. Inzwischen sind die Menschenrechte zu einem global anerkannten normativen Maßstab bis hin zu einer Menschenrechtsjurisdiktion geworden. Gleichwohl klafft zwischen Anspruch und Realität ein Graben. Das von Arendt benannte Problem ist weiter real: auf griechischen Inseln, in libyschen Lagern, an den abgeschotteten Grenzen Europas, auf den Schlauchboten im Mittelmeer und mit Blick auf die Uneinigkeit der Europäischen Union. Heute ist Flucht und Vertreibung vornehmlich kein europäisches, sondern ein globales Problem.

In Anbetracht der »immer weiter anwachsenden Massen an staatenlosen Menschen und Flüchtlingen überall auf der Welt, die behandelt werden, als seien sie überflüssig«, mahnt der amerikanische Philosoph und Richard J. Bernstein, »sollten wir Arendts Warnung ernst nehmen, dass zwischen der Zerstörung des Rechts, Rechte zu haben, und der Vernichtung von Leben nur eine schmale, fragile Trennlinie« verlaufe (Bernstein 2020: 43).

Für Arendt ist nationale Souveränität als Gegenbegriff von Kosmopolitismus kein politischer Grundbegriff mit Zukunft. Zu ihrer Idee einer transnationalen Staatsbürgerschaft und globalen Zivilgesellschaft scheint es keine humane Alternative zu geben. Dies schließt Formen solidarischen Zusammenwirkens, einen Kosmopolitismus von unten als Annäherung an eine globale Demokratie, mit

24 Alice Bota, Michael Thumann: Interview mit Swetlana Tichanowskaja: »Ich will nicht, dass es je so kommt«, Die Zeit, 10.03.2022, <https://www.zeit.de/2022/11/belarus-swetlana-tichanowskaja-russland-ukraine-krieg-interview>

25 C. Volk, T. Thiel: Hannah Arendts Republikanismus des Dissenses, <https://www.fernuni-hagen.de/videostreaming/ksw/forum/20200213.shtml>

ein. Damit erweist sich Arendt als Vordenkerin für das, was wir *Global Governance* nennen.